

# **Widerstand ist unsere Antwort auf Eure „Reformen“ !**

Gleich welche Parteien auch immer die Bundesregierung stellen, der Sozial- und Lohnabbau wird mit der Politik der so genannten „Reformen“ fortgesetzt. Mit der immer selben Begründung, die Sozialsysteme wären nicht mehr zu finanzieren, der Arbeitsmarkt überreguliert, die Löhne- und Gehälter zu hoch und die Steuern für die Unternehmen international nicht konkurrenzfähig. Die Auftraggeber für diese Politik des Sozial- und Lohnabbaus sind die Arbeitgeberverbände (BDI, BDA, DIHK).

**Nichts von dem entspricht der Wahrheit!**

Resultat all dieser bisherigen „Reformen“ ist ein kontinuierlicher Abbau von sozialen Leistungen; steigende Arbeitslosenzahlen, der Abbau von Rechten der abhängig Beschäftigten; sinkende Löhne und Gehälter, längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich, Nullrunden bei den Rentenanpassungen. Verlängerung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre; sinkende Steuern für die Konzerne und Spitzenverdiener zu Lasten der Staatseinnahmen und der Staatsverschuldung; ein desolates Bildungs- und Erziehungssystem; ein fortschreitender Abbau bzw. Einschränkung von demokratischen Grundrechten; eine Militarisierung der Außenpolitik, verbunden mit einer gigantischen militärischen Aufrüstung der Bundeswehr; eine rassistische Ausländerpolitik und ein wieder erstarkter Neonazismus.

Der größte Profiteur dieser „Reformpolitik“ sind das Kapital und die Reichen, ihre Profite und Dividenden sprudeln wie noch nie, gleichzeitig steigt die Zahl der Armen, insbesondere der Kinder, jedes Jahr auf neue Rekordwerte.

Es ist an der Zeit, dieser menschenverachtenden, nur an den Profitinteressen des Kapitals ausgerichteten „Reformpolitik“ den geschlossenen und konsequenten Widerstand der Lohnabhängigen, der Arbeitslosen, der Rentner, der Studenten, Auszubildenden und Schüler entgegen zu stellen. Eine Veränderung der bestehenden Politik, wird es nur geben, wenn wir für unsere Interessen und Forderungen selber eintreten und Bereit sind, diese gegen alle Widerstände zu erkämpfen.

**Wir haben die Schnauze voll von „Reform“ auf unsere Kosten!**

**Wir rufen auf, zur Beteiligung an den Demonstrationen des DGB, der Studenten/innen und der Sozialen Bewegungen gegen Bildungs-, Lohn- und Sozialabbau.**

***Am : 21. Oktober 2006 in Frankfurt/Main  
Zeit/Ort: 11:30 Uhr Südbahnhof und Messe  
12:00 Opernplatz***

## Wir fordern:

- Einen gesetzlichen Mindestlohn, von mindestens 10 € die Stunde sowie eine regelmäßige Anpassung an die Preisentwicklung, statt Dumpinglöhnen!
- Ein Mindesteinkommen für Erwerbslose, mindestens 500 € Eckregelsatz (ALG II) plus Wohnungskosten, ohne Bedürftigkeitsprüfung!
- Die Abschaffung der 1 € Jobs und aller sonstigen Zwangsdienste!
- Weg mit Hartz IV!
- Die 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, statt Arbeitszeitverlängerung!
- Die Senkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre, ohne Abschläge bei der Rente, statt einer Erhöhung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre!
- Eine ausreichende gesetzliche Mindestrente!
- Keine Gesundheitsreform zu Lasten der Versicherten, sondern eine Krankenkasse für alle mit bedarfsdeckenden Leistungen ohne Zuzahlungen!
- Die sofortige Rücknahme der Senkungen der Körperschafts- und Einkommenssteuer für Konzerne und Spitzenverdiener und die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer!
- Den uneingeschränkten, vollständig steuerfinanzierten, gebührenfreien Zugang zu Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen und deren Ausbau!
- Einen Stopp der Aufrüstung und die Beendigung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr!
- Keine Einschränkung demokratischer Rechte!

### **Erstunterzeichner des Aufrufes sind:**

Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne, Frankfurter Montagsdemo, Renate Windelband -Die Linke.WASG FFM, Gustav Hülsebruck – IG-Metall, Gesa Irwahn